

Protokoll Nr. 2 (2023.2027)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 28.08.2023 im Kippenberg-Gymnasium

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat

Dr. Christine Börner
Dr. Dagmar Burgdorf
Hela Dumas
Jörg Findeisen
Jan Hannemann
Marek Helsner
Frank Köhler
Jörn H. Linnertz
Christian Schorling

Jan Brockmann
Inga Dominke
Gudrun Eickelberg
Yvonne Funke
Dr. Vera Helling
Jörg Henschen
Klaus-Peter Land
Ingeborg Mehser
André Walther

b) vom Ortsamt

Ralf Möller
Thomas Berger

c) Gäste (zu TOP 3)

Torsten Jarchow (St. Joseph Stift),
Stefan Dierks (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) (Stadtplanung)),
Arne Schlichtmann und Sebastian Hotho (Kahrs & Schlichtmann Planungsgesellschaft mbH),
Felix von der Lieth (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) (Verkehrsplanung)),
Gunter Ruwenstroth (Verkehrs- und Regionalplanung GmbH),
Lars Lemke (bpw Stadtplanung)

Das Protokoll Nr. 1 der konstituierenden Beiratssitzung am 26.06.2023 wird genehmigt.

Die vorgelegte Tagesordnung zur heutigen Beiratssitzung wird anschließend ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Wahl der Beiratssprecherin/ des Beiratssprechers und dessen Stellvertretung

Ralf Möller gibt bekannt, dass sowohl Jörn H. Linnertz (CDU) als auch Gudrun Eickelberg (Grüne) als Beiratssprecher*in kandidieren.

Zunächst stellt sich Jörn H. Linnertz vor und erinnert daran, dass es guter Brauch sei, dass diese Funktion der stärksten Fraktion zustehe. Außerdem, gehe er davon aus, dass er diese Aufgabe gut ausfüllen könne. Seine Ausbildung zum Notar und Mediator komme ihm dabei zugute.

Anschließend stellt sich Gudrun Eickelberg vor und erinnert daran, dass sie bereits in der zurückliegenden Legislatur Beiratssprecherin gewesen sei und diese Aufgabe mit Freude ausgefüllt habe. Sie sei auch über ihre Mitgliedschaft in der Beirätekonferenz inzwischen gut vernetzt, was wiederum dem Stadtteil nutze.

Ralf Möller erinnert daran, dass gewählt sei, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt habe.

Anschließend ruft er die Beiratsmitglieder einzeln zur Stimmabgabe auf.

Die Wahl wird geschlossen und die Stimmzettel ausgezählt: Abgegeben wurden 18 Stimmen, davon sind 18 gültig. Auf Jörn H. Linnertz entfallen 7 Stimmen und auf Gudrun Eickelberg 11 Stimmen. Niemand stimmte mit „Nein“ oder „Enthaltung“.

Gudrun Eickelberg nimmt die Wahl an.

Ralf Möller gibt bekannt, dass für die Funktion des stellvertretenden Beiratsprechers ausschließlich Jörn H. Linnertz antrete.

Anschließend ruft er die Beiratsmitglieder erneut einzeln zur Stimmabgabe auf.

Die Wahl wird geschlossen und die Stimmzettel ausgezählt: Abgegeben wurden 18 Stimmen, davon sind 18 gültig. Auf Jörn H. Linnertz entfallen 17 Stimmen. Eine Person stimmte mit "Nein".

Auch Jörn H. Linnertz nimmt die Wahl an.

Ralf Möller bietet beiden Gewählten eine gute Zusammenarbeit an.

TOP 2: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen die Bebauung der Horner Spitze berichtet, dass die Fläche, die der Verein „Kinder, Wald und Wiese“ nutze, durch den Bau der Fernwärmeverbindungsleitung stark eingeschränkt und lärmbelastet sei. Es stelle sich die Frage, wann diese Fläche für den Verein wieder frei verfügbar sei? Außerdem stelle sich die Frage, ob auch der neue Beirat mehrheitlich das Anliegen des Vereins und der Bürgerinitiative, die Horner Spitze nicht zu bebauen, unterstütze?

Hierauf erwidert Ralf Möller, dass der Beirat sich in der zurückliegenden Legislaturperiode mit dem Vorhaben zur Bebauung der Horner Spitze auseinandergesetzt habe, der neue Beirat jedoch noch nicht.¹ Dieser müsse sich zunächst darauf verständigen, ob und ggf. wann er die Thematik wieder auf die Tagesordnung nehmen wolle.

Eine Anwohnerin aus der Wätjenstraße berichtet, dass vor den Hausnummern 85 bis 91 regelmäßig aufgesetzt geparkt und damit die Wurzeln der dortigen Bäume beeinträchtigt würden. Sie bitte darum, dort Baumschutzmaßnahmen zu veranlassen.

Ralf Möller berichtet, dass der Beirat in der vergangenen Legislaturperiode bereits Baumschutzmaßnahmen in der Wätjenstraße veranlasst habe. Der zuständige Fachausschuss sei bereits terminiert und könne sich neuerlich der Problematik annehmen.

Eine Anwohnerin aus der Friedhofstraße beschwert sich über den dort seit geraumer Zeit aufgestellten Wertstoffsammelplatz (WSP). Der WSP stehe zu nah an den Balkonen der gegenüber liegenden Wohnbebauung. Nutzer*innen würfen das Altglas auch abends, nachts und frühmorgens ein, deshalb sei die Lärmbelästigung erheblich. Außerdem lüden die Nutzer*innen dort auch ihren Restmüll ab. Sie bitte darum, den Standort nochmals zu befassen und am besten erneut zu versetzen.

Der „Koordinierungsausschuss“ des Beirats habe sich darauf verständigt, die Thematik zunächst nicht wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, so Ralf Möller, sondern die Situation zunächst für etwa ein Jahr zu beobachten. Allerdings werde sich der zuständige Fachausschuss „Umwelt, Klimaschutz und Energie“ auf seiner nächsten Sitzung allgemein mit der Situation an den WSPs in Schwachhausen befassen, denn die zu beobachtende Vermüllung der Standorte sei eine stadtweite Problematik. Die Bremer Stadtreinigung (dbs) habe während der Sommerferien personelle Probleme gehabt und sei nicht mehr in der Lage gewesen, die Standorte mit der gewohnten Zuverlässigkeit zu bedienen. Dies habe sich aber jüngst wieder zum Positiven gewendet. Aus der Sicht der dbs sei der Standort in der Friedhofstraße zulässig und stehe in ausreichender Entfernung zu den Wohngebäuden.

Eine Anwohnerin aus der Gravelottestraße erkundigt sich nach der Zuständigkeit für die dortigen temporären Verkehrsregelungen.

Zuständig sei das Amt für Straßen und Verkehr (ASV), so Ralf Möller. Allerdings stehe dieses vor dem Problem, dass es keine Regelung gebe, die alle Betroffenen zufriedenstelle.

Jörg Findeisen berichtet, dass das ASV die jetzige Regelung zunächst für drei bis vier Wochen erproben und nicht ständig die Regelungen ändern wolle, um neuerlichen Beschwerden zu begegnen. Allerdings sei damit zu rechnen, dass die Sperrung der Kirchbachstraße in deren östlichen Teil zum Bau der Fernwärmeleitung zum 01.12.2023 aufgehoben werde. Damit entfielen

¹ Der Beirat Schwachhausen hatte die Thematik auf seiner Sitzung am 26.01.2023 behandelt, siehe [Protokoll Nr. 33](#) (TOP 4).

auch die temporären Regelungen für die Gravelottestraße und die anderen Straßen zwischen Kurfürstenallee und Schwachhauser Heerstraße.

Mitteilungen der Beiratssprecherin

Gudrun Eickelberg erinnert daran, dass am Sonntag, 03.09.2023, von 14 bis 18 Uhr, Fockes Fest stattfinden werde. Dort sei auch der Beirat mit einem Stand vertreten und es biete sich die Möglichkeit, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und die Vorhaben des Beirats zu erläutern.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Ralf Möller berichtet, dass der Beirat Vahr den veränderten Entwurf für den Bebauungsplan 2518 an der Konrad-Adenauer-Allee/ Ostpreußischen Straße in einem Umlaufverfahren zur Kenntnis genommen habe.

TOP 3: Anhörung zum B-Plan 2500

Ralf Möller verweist zunächst auf die in der vorherigen Einwohner*innenversammlung gezeigte Präsentation mit den Planungen zum Bebauungsplan 2500 für das Areal des St. Joseph-Stifts.²

Auf Fragen des Beirats nehmen die Referenten wie folgt Stellung:

- Der neue Bebauungsplan werde so schnell wie möglich benötigt, weil es nicht auszuschließen sei, dass das St. Joseph-Stift kurzfristig auf aktuelle Entwicklungen reagieren müsse;
- angesichts der Entwicklung zu mehr ambulanten Behandlungen werde der Ausbau dieser Kapazitäten vermutlich vordringlich sein. Sollte dies der Fall sein, dann werde dies an der Schubertstraße erfolgen. In diesem Bauschnitt werde es noch keine Veränderung des Haupteingangs und keine Verlagerung der Anlieferungs- und Entsorgungsverkehre aus der Georg-Gröning-Straße an die Schwachhauser Heerstraße geben;
- welche Aus- und Umbauten das Krankenhaus wann vornehme, folge der Überlegung, welche Maßnahmen notwendig seien, um das wirtschaftliche Überleben des Krankenhauses zu sichern;
- das St. Joseph-Stift befinde sich in einem Dialog mit der swb AG zur Versorgung des Krankenhauses mit Fernwärme. Für das Krankenhaus wäre dies ein „Traum“, werde sich aber seitens der swb nicht so schnell realisieren lassen,
- in den bisher formulierten textlichen Festsetzungen sei keine Dachbegrünung vorgeschrieben. Ob es zu einer Festschreibung komme, werde augenblicklich noch geprüft. Das Begrünungsortsgesetz beziehe sich im Regelfall auf Wohngebäude. Bei einem Krankenhaus sei jedoch auf den Flachdachflächen mit vielerlei technischen Aufbauten zu rechnen, die nur begrenzt Fläche für eine anderweitige Nutzung ermöglichen. Denkbar seien jedoch Fassadenbegrünungen. Ebenfalls denkbar seien Regelungen zur Entwässerung des Grundstücks. Diese Bereiche müssten noch besser dargestellt werden;
- ebenso verhalte es sich mit Vorgaben für die Nutzung fotovoltaischer Anlagen;
- der Bebauungsplan sei ein sog. Angebotsbebauungsplan, d.h. er gebe einen Rahmen für mögliche bauliche Entwicklungen vor;
- die Reihenfolge der baulichen Maßnahmen sei durchaus von Interesse, weil damit ggf. begleitende Maßnahmen erforderlich seien. Wann welche Maßnahme erfolgen werde, sei gegenwärtig offen. Ebenso ob und ggf. wann die Anzahl der vorhandenen Betten steigen werde. In einer Abfolge von baulichen Maßnahmen werde irgendwann der Punkt erreicht sein, der ein Mobilitäts Haus erforderlich mache, um die nächstfolgende bauliche Maßnahme realisieren zu können;
- mit einem Bauantrag wären erforderliche Stellplätze für Kfz wie für Fahrräder darzulegen. Grob lasse sich nach dem relativ neuen Mobilitätsbauortsgesetz sagen, dass auf einen Kfz-Stellplatz 1,5 Fahrradstellplätze errichtet werden müssten. Der jetzt vorhandene Bestand an Stellplätzen beruhe auf den vorhergehenden gesetzlichen Regelungen. Mit der nächsten baulichen Maßnahme ließen sich ggf. Defizite aus der Vergangenheit

² Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

beheben;

- in der Begründung zum Bebauungsplan sei die Rede von einem Zugang aus der Schubertstraße zu einer ggf. erweiterten Tiefgarage unter dem jüngsten Erweiterungsbau, dem Ärztehaus St. Marien. Eine weitere Zufahrt werde in der Schubertstraße nicht vorgesehen.

Dr. Christine Börner sieht den Bau eines Mobilitätshauses als prioritär an. Zunächst Ausbauten an der Schubertstraße vorzunehmen, sei die falsche Reihenfolge.

Dr. Dagmar Burgdorf verweist darauf, dass vor dem neu gebauten Ärztehaus St. Marien zu wenige Fahrradstellplätze verfügbar seien.

Klaus-Peter Land macht deutlich, dass es ein verkehrliches Dilemma gebe. Dabei gehe es insbesondere um die vorhandene Tiefgarage in der Schubertstraße zur Kreuzung mit der Georg-Gröning-Straße. Dazu äußere sich den Bebauungsplan-Entwurf jedoch nicht. Nach den bisherigen Darlegungen müsse damit gerechnet werden, dass sich die verkehrliche Situation in der Schubertstraße zunächst weiter verschlechtere und erst in weiteren Bauabschnitten dort eine Entlastung erfolgen werde. Dies laufe den Forderungen des Beirats entgegen, der sich schon lange für bewirtschaftete Kfz-Stellplätze einsetze und ein Bewohnerparken für das umliegende Quartier fordere. Ansonsten ließen sich die Parkplatz-Suchverkehre nicht verringern.

Marek Helsner legt dar, dass die Fraktion der Grünen den Entwurf für eine Stellungnahme vorgelegt habe.³ Damit unterstütze der Beirat den Krankenhaus-Standort St. Joseph-Stift, lege aber auch seine Bedenken gegen den Bebauungsplan-Entwurf dar und lehne auf Grund dessen letztlich die bisherigen Planungen ab.

Anschließend stellt Dr. Vera Helling die Stellungnahme vor und verweist insbesondere auf:

- Ein vernünftiges Parkraumbewirtschaftungskonzept fehle. Damit bleibe es bei kostenfreien Stellplätzen im öffentlichen Raum und entsprechenden Parkplatz-Suchverkehren;
- Haupteingang und Notaufnahme müssten aus der Schubertstraße verlegt und dies müsse auch im B-Plan festgesetzt werden;
- die Schulwege zur Grundschule Carl-Schurz-Straße und zum Kippenberg-Gymnasium seien nicht berücksichtigt;
- die bioklimatischen Bedingungen seien ungenügend berücksichtigt:
 - durch den Bau von St. Marien sei der Versiegelungsgrad bereits weiter gestiegen. Durch den neuen B-Plan solle dies nicht noch weiter gesteigert werden;
 - die Zahl der festgesetzten Bäume sei zu gering;
 - der neue B-Plan sollte den Standort ökologisch aufwerten. Dies betreffe neben dem Grad der Versiegelung auch den Umgang mit dem Regenwasser;
- die Lüder-von-Bentheim-Straße werde von dem neuen B-Plan nicht erfasst. Damit ließen sich dort auch keine weiteren Baumstandorte festlegen;
- der Denkmal-Status der Fassade in der Schubertstraße müsse stärker berücksichtigt werden. Es handele sich dabei aber um das historische Gesicht des Krankenhauses.

Sie bitte darum, die ersten beiden Absätze der Stellungnahme als Antrag abzustimmen.⁴

Jörn H. Linnertz legt dar, dass eine umfassende Planung vorgelegt worden sei. Das St. Joseph-Stift sei eine notwendige Einrichtung, die sich am Standort entwickeln können müsse, auch aus ökonomischen Gründen. Dies sollte ermöglicht und nicht verzögert werden. Die Pflicht zu Gründächern und Solaranlagen sei bereits durch einschlägige Gesetze geregelt und müsse im B-Plan nicht wiederholt werden. Eine doppelte Regelung bewähre sich in der Regel nicht. Der Beirat fordere die Einführung von Bewohnerparken. Dies sollte er auch bekräftigen, allerdings nicht mit dem B-Plan verquicken.

³ Der Entwurf ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt. Im Nachgang zur Sitzung hat die Fraktion der Grünen darauf hingewiesen, dass sich mit den Darlegungen in der Beiratssitzung der Absatz auf Seite 2 zur Tiefgaragenzufahrt in der Schubertstraße erübrigt habe.

⁴ Die genannten Absätze lauten wie folgt:

„Der Beirat begrüßt die Anstrengungen, den Klinikstandort „St. Joseph – Stift“ im Sinne einer wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung dauerhaft zu erhalten und Entwicklungspotentiale planerisch zu gestalten.

Allerdings bindet der Beirat seine Zustimmung zum Bebauungsplan 2500 an aus seiner Sicht notwendige Nachbesserungen in den Bereichen Verkehr/Mobilitätskonzept und Umweltgerechtigkeit. Er fordert zudem die stärkere Berücksichtigung des historischen Erbes und des Ortsbildes sowie eine Einordnung sämtlicher Bereiche des Bebauungsplans 670 von 1967 in ein planerisches Gesamtkonzept. Daher lehnt der Beirat den vorgestellten Bebauungsplan 2500 in seiner jetzigen Form ab.“

Stefan Dierks nimmt zu den Ausführungen von Dr. Vera Helling wie folgt Stellung:

- Die Forderung des Beirats nach Einführung von Bewohnerparken im Quartier sei im Zusammenhang mit dem B-Plan schwierig zu realisieren;
- es sei nicht möglich, die inneren Betriebsabläufe des Krankenhauses komplett umzusteuern. Dies betreffe z.B. die Notaufnahme, deren Standort sich nicht ändern lasse;
- ein B-Plan könne wie im vorliegenden Fall Zufahrten festsetzen, aber keine Haupteingänge;
- die Schulwege seien in der Begründung zum Bebauungsplan und in den Verkehrsgutachten benannt worden. So seien z.B. entsprechende Leitsysteme vorgesehen;
- die benannten ökologischen Defizite (Bäume, Sträucher, versiegelte Flächen) würden nochmals geprüft. Für die Einrichtung von fotovoltaischen Anlagen und Gründächern gebe es bereits gesetzliche Regelungen;
- es gebe keine Notwendigkeit, die bereits vorhandenen vorhabenbezogenen Bebauungspläne für das Medicum und das Ärztehaus St. Marien sowie die Lüder-von-Bentheim-Straße, die beim B-Plan 670 verbleiben solle, in den neuen B-Plan einzubeziehen;
- ein Gesamtkonzept sei durchaus gegeben;
- der Denkmalstatus für das Gebäude an der Schubertstraße sei mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt. Auch das Landesamt habe eingeräumt, dass bei erheblichen ökonomischen Zwängen das Gebäude abgerissen werden könne und nur Teile der jetzigen Fassade integriert werden müssten.

Lars Lemke ergänzt diese Ausführungen:

- Ein B-Plan könne weder Betriebsabläufe noch Bewohnerparken regeln. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage;
- der jetzige Entwurf setze nur die geschützten bzw. ortsbildprägenden Bäume als erhaltenswert fest.

Jörg Henschen bittet darum, nur die beiden ersten Absätze aus der von Dr. Vera Helling vorgestellten Stellungnahme als Antrag abzustimmen. Nach dem bisher Vorgestellten sehe er nach wie vor keine schnelle Lösung für die verkehrlichen Probleme in der Schubertstraße. Hier müsse aber prioritär Abhilfe geschaffen werden.

André Walther unterstützt für seine Fraktion den vorgelegten Antrag, er bitte jedoch darum, den letzten Satz („Daher lehnt der Beirat den vorgestellten Bebauungsplan 2500 in seiner jetzigen Form ab“) zu streichen. Der Beirat wolle mit dem Antrag ein Signal senden, dass er Bedenken gegen den vorgelegten Bebauungsplan habe, aber es gebe auch wirtschaftliche Notwendigkeiten des St. Joseph-Stifts, die nicht blockiert werden sollten.

Klaus-Peter Land betont, dass der Beirat Teil des Verfahrens sei und sich auch als politisches Gremium verstehe. Es bestehe hier ein Zielkonflikt, den der Beirat benennen müsse. Sollte der Beirat den vorliegenden Entwurf nicht ablehnen, gingen seine Bedenken, ebenso wie die Hoffnung auf baldige Abhilfe, unter.

Jörn H. Linnertz schließt sich den Ausführungen von André Walther an und schlägt vor, den letzten Satz im vorgelegten Antrag zu streichen und durch folgende Sätze zu ersetzen: „Der Beirat fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, zügig Bewohnerparken im Umfeld des St Joseph-Stifts zu etablieren. Er fordert eine zügige Entlastung der Schubertstraße und eine Reduktion des Parkdrucks im Klinikumfeld.“

Der Beirat habe kein Druckmittel in der Hand, wenn er den vorgelegten Entwurf nicht ablehne, unterstreicht Jörg Henschen.

Ralf Möller stellt zunächst den Änderungsantrag von Jörn H. Linnertz zur Abstimmung: Er wird bei 8 Ja-Stimmen (CDU, FDP, BD, Linke), 9 Nein-Stimmen (Grüne, SPD, Linke) und 1 Enthaltung (CDU) mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Ralf Möller den vorgelegten Antrag abstimmen: Er wird mit 11 Ja-Stimmen (Grüne, SPD, Linke, CDU) und 7 Enthaltungen (CDU, FDP, BD, Linke) mehrheitlich angenommen.

TOP 4: Anhörung „Abriss der Fußgängerbrücke Brandenburger Straße/ Kurfürstenallee“⁵

Ralf Möller berichtet, dass die fragliche Brücke die Stadtteile Vahr und Schwachhausen verbinde und damit auch beide Beiräte betreffe. Der Abriss solle am 24.06.2024 beginnen und im Dezember 2024 abgeschlossen sein. Der Beirat Vahr habe das Vorhaben mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Der Beirat verständigt sich darauf, das Vorhaben zur Kenntnis zu nehmen und folgende zwei Forderungen zu erheben:

- Während des Abriss ist der Baumschutz zu gewährleisten;
- Bäume, die ggf. gefällt werden müssen, sind ortsnahe zu ersetzen.

TOP 5: Globalmittelvergabe⁶

Der Globalmittelantrag des Vereins „Angewandte Kunst Bremen“ (AKB) für die Veranstaltung „Ins Grüne. Jahresausstellung der AKB im Park des Focke-Museums/ Haus Riensberg“ am 16./17.09.2023 wird einstimmig genehmigt.

Ralf Möller erinnert daran, dass der Beirat in der ersten Vergaberunde etwa € 40.750 für Globalmittel bewilligt habe. Nach dem heute bewilligten Antrag verblieben noch etwa € 23.730. Gegenwärtig lägen für die zweite Vergaberunde in der September-Sitzung des Beirats zwei Anträge über zusammen etwa € 8.600 vor.

TOP 6: Verschiedenes

Ralf Möller kündigt zum Abschluss die folgenden Termine an:

- Sonntag, 03.09.2023, 14 bis 18 Uhr, Fockes-Fest;
- Montag, 11.09.2023, 18:30 Uhr, Koordinierungsausschuss;
- Montag, 18.09.2023, 18:30 Uhr, Fachausschuss „Umwelt, Klimaschutz und Energie“;
- Donnerstag, 28.09.2023, 19:30 Uhr, nächste Beiratssitzung.

Sprecherin	Vorsitzender	Protokoll
Gudrun Eickelberg	Ralf Möller	Thomas Berger

⁵ Die Anhörung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) ging dem Beirat vorab zu und ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

⁶ Der Globalmittelantrag ist dem Beirat bereits vorab zugegangen und ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.